



Sozialdemokratische Partei  
Kanton Bern



## Medienkonferenz vom 13. August 2013

**Roland Näf, Präsident SP Kanton Bern, Grossrat**

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Liebe Medienschaffende

Ich begrüsse Sie zur heutigen Medienkonferenz hier im Von Roll-Areal, ein symbolträchtiger Ort. Es ist ein Beispiel, wie der Kanton in Bildung investiert. Interessant ist auch der Wandel des Quartiers: vom Industriestandort zum Bildungsstandort.

Sie haben festgestellt, dass unsere vier bisherigen Regierungsmitglieder anwesend sind. SP und Grüne freuen sich, dass wir heute ihre Wiederkandidatur bekannt geben dürfen. Wir wollen noch einmal mit dem gleichen Team in den Wahlkampf ziehen und haben dazu auch gute Gründe, die ich zu Beginn in einem kurzen Rückblick auf die letzte Legislatur darlege. Wir sind überzeugt, dass es gerade in der aktuell schwierigen Situation im Kanton unbedingt eine erfahrene und verantwortungsvolle Regierung braucht. Diese Eigenschaften haben unsere vier Regierungsmitglieder Barbara Egger-Jenzer, Philippe Perrenoud, Bernhard Pulver und Andreas Rickenbacher, welche anschliessend ihre persönlichen Beweggründe zur Kandidatur vorstellen. Am Schluss legt der Präsident der Grünen Kanton Bern, Blaise Kropf, dar, warum wir für einen starken und lebenswerten Kanton Bern weiterhin eine rot-grüne Regierungsmehrheit brauchen.

### **Regierungsarbeit gemessen an der Lebensqualität der gesamten Bevölkerung**

Die ausgezeichnete Lebensqualität von Bern wurde letztes Jahr durch eine internationale Studie bestätigt, und das gilt eigentlich für den ganzen Kanton. Bei den Indikatoren, welche Lebensqualität ausmachen, sieht es nämlich auch in den anderen Regionen sehr gut aus. Dazu gehört vieles, was der Linken sehr wichtig ist, und zwar für alle Bernerinnen und Berner, nicht nur für ein paar Privilegierte: Gesundheitsversorgung, Bildung, Kultur, Sport, eine intakte Umwelt und eine ausgezeichnete Verkehrsinfrastruktur (Stichworte sind Bahnhof Bern, Tram, und viele Verbesserungen in allen Regionen). Daran messen unsere beiden Parteien die Regierungsarbeit.

### **Nachhaltigkeit als roter Faden der Regierungsarbeit**

Die rot-grüne Regierung hat sich Nachhaltigkeit als wichtiges Leitprinzip auf die Fahnen geschrieben. Es geht dabei um die Lebensqualität kommender Generationen, um die soziale, ökologische und wirtschaftliche Zukunft unserer Kinder und Kindeskiner. Bei der Energiepolitik ging die rot-grüne Regierung voraus und legte bereits vor Fukushima eine fortschrittliche Strategie für die Energiezukunft ohne Atom vor. Weitere Erfolge der Regierung in Bezug auf Nachhaltigkeit sind das neue Energiegesetz, der Einsatz für die Biodiversität und Naturpärke, die Wasserstrategie für den ökologischen Ausbau der Wasserkraft sowie Massnahmen zur Verbesserung der Luftqualität.

### **Regierungsarbeit für gute Anstellungsbedingungen**

Rot und Grün sind die Angestellten wichtig. Kritisch beobachten wir, ob sich die Regierung für gute Anstellungsbedingungen einsetzt, damit der Kanton konkurrenzfähig bleibt. Das Ergebnis reicht bisher nicht. Allerdings stellen wir fest, dass die Regierung bei der Pensionskassenreform und bei den Löhnen Vorschläge gemacht hat, welche vom Personal im Sinne eines Kompromisses hätten akzeptiert werden können. Der Regierungsrat hat sich in den letzten Jahren wesentlich personalfreundlicher gezeigt als die bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat.

### **Bildung und Kultur: Kleine Schritte zu Gunsten einer guten Qualität**

26 Prozent der Staatsausgaben fliessen in die Bildung – klar, dass die Bildungspolitik von Sparmassnahmen bisher immer stark betroffen war, vor allem weil linear in allen Richtungen gekürzt wurde. Trotz knapper Finanzen ist es der Regierung aber gelungen, mit kleinen Schritten Verbesserungen zu erreichen. Beispiele sind die freiwillige Einführung der Basisstufe, die Unterstützung der Schulsozialarbeit und vor allem der Ausbau des Tagesschulangebots. SP und Grüne machen bei der Bildung nicht nur leere Worte zu Standortqualität, sondern setzen sich mit konkreten Massnahmen für eine Stärkung der Schulen in diesem Kanton ein. Dafür braucht es auch die nötigen finanziellen Mittel.

### **Spitalversorgung prägte Gesundheitspolitik**

Die Spitalplanung prägte in den letzten Jahren die Gesundheitspolitik. Das Fazit der Gesetzesreform zeigt, dass die bürgerliche Kritik an den Vorschlägen der Regierung wenig überlegt war. Die Regierung setzte auf eine gute Versorgung in allen Regionen mit Hilfe eines Fonds und auf wirksame Massnahmen gegen ein ungebremstes Kostenwachstum. Die Bürgerlichen lehnten zuerst alles vehement ab, merkten dann aber nach und nach, dass es bei einem Budgetposten von über einer Milliarde Franken nicht ohne Steuerung geht und kleine Spitäler eine zusätzliche Unterstützung brauchen. Schon fast Realsatire ist, dass die gleichen Leute, welche zuerst gegen die staatlichen Eingriffe gewettert haben, später mehr staatliche Unterstützung für einzelne Spitäler forderten und jetzt mit einer Initiative die dynamische Entwicklung im Gesundheitswesen betonieren wollen.

Ein Beispiel für Erfolge in der Gesundheitspolitik ist die Einführung der Früherkennung von Brustkrebs ab diesem Jahr.

### **Regierungspolitik gemessen am Wohlergehen der Schwächeren**

Wie bereits am Anfang erwähnt, beurteilen wir die Regierungsarbeit aufgrund der Lebensqualität für alle, also auch für Menschen mit verminderter Leistungsfähigkeit. Die Berner Regierung hat uns dazu eine ausgezeichnete Analyse vorgelegt, den Armutsbericht. Darauf aufbauend konnten konkrete Massnahmen vorgeschlagen werden, wie die Armut im Kanton Bern – von welcher vor allem Familien betroffen sind – vermindert werden kann. Leider blieb es in den letzten Jahren bei Forderungen, zum Beispiel zur Besserstellung von armen Familien. Ergänzungsleistungen für Familien und andere sozialpolitische Ansprüche scheitern an den Finanzen, trotz ausgewiesenem Bedarf für Verbesserungen.

### **Regierungspolitik im Zeichen des abnehmenden finanzpolitischen Spielraums**

Alle politischen Bereiche, welche der Linken besonders wichtig sind, waren in den letzten zweieinhalb Jahren von den knappen Finanzen betroffen. Die rot-grüne Regierungsmehrheit hat während sieben Jahren bewiesen, dass sie zu den Kantonsfinanzen Sorge trägt und konnte in dieser Zeit sogar die von den bürgerlichen Regierungen angehäuften Schulden des Kantons abbauen. Provoziert durch unverantwortliche Steuersenkungen der bürgerlichen Grossratsmehrheit und durch zusätzliche vom Bund übertragene Aufgaben (Beispiel Spitalversorgung und Kinder- und Erwachsenenschutz) schrieb der Kanton Bern 2012 erstmals nach vielen Jahren ein Defizit. Das Hauptproblem des Kantons liegt bei der ungenügenden Finanzkraft. Und da setzten die Anstrengungen der rot-grünen Regierung an, bei der Wirtschaftskraft. Stichworte sind die Wirtschaftsstrategie 2025, die Propagierung der Hauptstadtregion und die Profilierung des Kantons als Cleantech-Standort Nummer 1 der Schweiz. Gerade um bei der wirtschaftlichen Entwicklung weiter zu kommen, braucht es weiterhin eine rot-grüne Regierungsmehrheit, welche die Zukunft unseres Kantons aktiv gestalten will, damit Bern weiterhin ein äusserst lebenswerter Kanton bleibt.

Aber Konkretes zur Regierungsarbeit legen nun unsere Regierungsmitglieder selber dar und ich gebe Barbara Egger-Jenzer das Wort.